

Alles begann mit Oswald Metzgers Geständnis

Wer wusste was zu welcher Zeit über die desolote Finanzsituation? Die Union will einen Untersuchungsausschuss

VON PETER DAUSEND
UND MARTIN LUTZ

Wenn Hans Eichel etwas nicht passt, donnert er gern schon mal los. Dann verliert er, von einer Sekunde auf die nächste, seine leicht spröde Aura der Sachlichkeit, wird plötzlich aggressiv und fängt an zu poltern. Anders gesagt: Er wehrt sich. An diesem Montag ist das anders. Der Kämpfer im Minister bleibt ruhig, als Eichel etwas vorgesetzt bekommt, was ihm sichtlich nicht passt: eine Frage. Was er denn dazu sage, will jemand bei der gemeinsamen Pressekonferenz des Finanzministers mit dem Bundeskanzler wissen, dass die Union einen Untersuchungsausschuss einzusetzen gedenke, der klären soll, ob er, Eichel, vor der Bundestagswahl von den Löchern im Haushalt gewusst und sie vorsätzlich verschwiegen habe. Eichel hört sich das an, reagiert aber nicht kämpferisch, sondern trotzig. „Wenn es zu einem Untersuchungsausschuss kommen sollte“, sagt er, „wird sich schon zeigen, wer welches Versprechen angesichts welcher Zahlen gemacht hat.“

Die Attitüde des Beleidigten dürfte allein nicht reichen, um die kommenden Wochen schadlos zu überstehen. Angela Merkel kündigte nämlich am gleichen Tag, unmittelbar nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums, in Berlin an, dass die von ihr geführte Bundestagsfraktion der Union „schnellstmöglich“ einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Vorsätzlicher Wahlbetrug“ einsetzen wolle. Bereits in der nächsten Sitzungswoche, Anfang Dezember, könne dies geschehen. Die Opposition wie auch die Öffentlichkeit habe, so Merkel, das Recht zu erfahren, was die rot-grüne Koalition vor der Bundestagswahl von der Haushaltsschieflage gewusst hätte. Das gelte vor allem für den zuständigen Bundesfinanzminister. Es lohne sich daher, „noch einmal nachzuschauen“, welche Sachinformationen wann vorhanden gewesen seien.

Bereits in der vergangenen Woche hatte Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) die

Einsetzung eines solchen U-Ausschusses gefordert. Unionsabgeordnete reichten daraufhin schriftliche Anfragen bei der Bundesregierung ein. Am Montagmorgen, unmittelbar vor einer CSU-Präsidiumssitzung in München, schloss sich auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber der Forderung Kochs an und setzte noch eins drauf. Im CSU-Vorstand, ließ der Ex-Kanzlerkandidat wissen, gebe es sogar Überlegungen, Demonstrationen gegen Rot-Grün zu organisieren. Eine Entscheidung sei aber noch nicht gefallen.

Ausgangspunkt für all dies waren Äußerungen des Grünen-Politikers Oswald Metzger. In einem Zeitungsinterview hatte Metzger, in der letzten Legislatur noch Haushaltsexperte der Grünen-Fraktion, unlängst etwas getan, was seinen Parteifreunden und deren Regierungspartner gar

nicht gefallen hat. Interna ausposaunt. Darüber, dass die Regierungskoalition im Wahlkampf zu der Ansicht kam, es sei wohl besser, die „erkennbar schlechte“ Finanzlage zu verschweigen. Weil die Wähler in den Verkündern schlechter Nachrichten in aller Regel auch deren Verursacher

sehen – und sie nur in den seltensten Fällen wieder wählen. Also schwieg Rot-Grün.

Dafür redet jetzt aber wieder Metzger. Im Gespräch mit der WELT teilt er mit, dass er nicht gedenke der Union nun als „Kronzeuge“ zur Verfügung zu stehen. Ganz im Gegenteil. In der Einsetzung eines U-Ausschusses sieht Metzger ein „Wahlkampfmanöver von Koch, auf das Stoiber jetzt einsteigt“. Die Opposition wäre klug beraten, sich nicht mit auf die Anklagebank zu setzen. Die Finanzlage sei nämlich, so Metzger, nicht nur der Bundesregierung, sondern auch allen Bundesländern bereits vor der Wahl bekannt ge-

wesen. „Alle wussten, wie die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben läuft.“ Die Politik insgesamt habe das Vorurteil bedient, den Bürgern in Wahlzeiten unliebsame Wahrheiten lieber zu verschweigen. Beleg hierfür sei, dass in manchen Ländern vor dem 22. September keine Haushaltssperre verhängt wurde, obwohl dies nötig gewesen sei. „Auch Bayern hätte eine Sperre erlassen müssen. Das hat aber nicht zum Nimbus des Kanzlerkandidaten Stoiber gepasst“, so Metzger.

Grünen-Chef Fritz Kuhn sieht dem Ausschuss gelassen entgegen. Steine werden man nicht in den Weg rollen, ließ er wissen. Ex-Kanzlerkandidat Stoiber und Koch müssten sich, so Kuhn weiter, jedoch die Frage gefallen lassen, warum sie vor der Wahl ein 100-Tage-Programm für die Regierungsübernahme vorgestellt hätten, das eine weitere Schuldenaufnahme in Höhe von 20 Milliarden Euro vorgesehen hätte. Vor diesem Hintergrund sei das Vorhaben der Union „einfach nur lächerlich“.

Und die FDP? Die dokumentierte mal wieder eindrucksvoll ihre derzeitige Formschwäche. Während Parteichef Guido Westerwelle sich beeilte, die Unionspläne zu unterstützen und dabei Eichel vorzuwerfen, die Wähler „amtlich belogen“ zu haben, zeigte sich der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Koppelin weitaus weniger eifrig: „Was soll ein Untersuchungsausschuss noch untersuchen, wenn bereits jetzt die Fakten bekannt sind?“

Zu guter Letzt darf natürlich das

Kanzlerwort zu all dem nicht fehlen. Denn nicht nur Eichel, auch Schröder wurde nach dem Oppositionsvorhaben gefragt. Was er davon halte? „Klamauk.“ Wenn Schröder etwas nicht passt, donnert er nicht los – er wird einsilbig.